

DIE AUFGABE DER KOMMUNEN

Innerhalb der Neustrukturierung Europas (→ QBL 30 Europa) in der Form von „Regionen mit unscharfen Grenzen“ kommt den Kommunen besondere Wichtigkeit zu. Ihre Kompetenz als bürgernahe Verwaltungseinheit muß durch entsprechende Mittelzuweisung, welche durch Wegfall der Kreis-, Regierungspräsidien- und Staatsverwaltungen frei werden, gestärkt werden. Die Mittelverteilung hat zum größten Teil als Gesamtetat zu erfolgen, damit die einzelnen Etats „vor Ort“ und in direkter Abstimmung mit dem Bürger aufgeteilt werden können. Dabei ist eine höhere Verantwortlichkeit und Haftung sowie eine „offene Bürokratie“ unumgänglich.

Zu all dem ist – neben strukturellen Neufassungen – eine Gemeindefinanzreform nötig, welche die Einnahmesituation der Kommunen konjunkturunabhängiger macht und sie verstetigt, damit die Finanz- und Investitionskraft gestärkt wird.

Auf der Ebene der Regionen kann dann – besser als auf früherer Länderebene – der Ausgleich widerstrebender kommunaler Interessen auf der Basis von (echten) Regionalplänen erfolgen. Dazu gehört beispielsweise die Ansiedlung von Industrien, die Harmonisierung und der Abgleich von Gewerbesteuererinnahmen (aber auch der Gewerbefolgekosten!), die Synchronisierung der Kultureinrichtungen mit entsprechenden Umlagen und Ausgleichen.

Damit werden politische Entscheidungen auch ohne Veränderungen politischer Systeme volks- und bürgernah getroffen, womit auf dieser Ebene die Menschen „zu einem Gefühl innerer Bestimmung ... finden, sodaß sich verlässliche, vertrauenswürdige Standards bilden ...“ (Richard Sennelt: Der flexible Mensch).

Derzeit ist durch vielerlei berechnete und unberechnete Vormundschaft die Kompetenz der Kommune beschnitten. Dazu kommt deren Verschul-

dung, die an eine Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft grenzt. Noch allerdings ist die Autonomie der Kommunen nicht so prekär gefährdet, dass von „Obrigkeitswegen“ ein Staatskommissar bestellt werden müsste.

Ein großer Teil kommunaler Verschuldung ist durch Prestigeobjekte entstanden. Hatte der Bürgermeister in Tübingen seine Bürgermeister-Meier-Halle (oder Schwimmbad ...), so wollte auch der aus Heilmelingen seine Bürgermeister-Müller-Halle. Diese Objekte sind meist dadurch gekennzeichnet, dass sie heute „wegen Unwirtschaftlichkeit“ geschlossen werden müssen. Welch gigantische Verschwendung unserer Steuergelder! Welche Vernichtung von Volksvermögen! Und dies betrifft nicht etwa nur kleine Kommunen. Kassel und Berlin z. B. haben die Überschuldungsgrenze bereits überschritten und es ist abzusehen, dass sie aus eigener Kraft nicht aus der Misere herauskommen, was heißt, dass aufs neue Steuermittel verpulvert werden.

Deshalb ist die zukünftige Schuldengrenze der Kommunen nicht bei dem Betrag festzulegen, bei dem nichts mehr geht, sondern prozentual erheblich darunter, sodaß eine sogenannte „freie Spitze“ bleibt, die nicht von vorher ein vertraglich und gesetzlich festgelegt ist.

Durch immer neue, den Kommunen von Bund und Ländern zugeschobene Aufgaben, insbesondere durch die Explosion der Sozialkosten, wurde der Handlungsspielraum der Kommunen zusätzlich reduziert, sodaß man allmählich davon sprechen kann, dass „die Kommunen ... von den höheren politischen Ebenen regelrecht ausgebeutet“ werden. (Bert Rürup)

Die Kompetenzverstärkung und die bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen ist dadurch gerechtfertigt, dass diese den absolut größten Teil aller öffentlichen Investitionen tätigen. Deshalb ist ihre Beteiligung an der Umsatzsteuer unumgänglich.

Veränderungen müssen aber auch in den Kommunen selbst stattfinden. Zu viele „Ruheposten“ und Ergebnisse politischen Ämterfilzes sind in ihnen zu finden. Auch ist die fachliche Qualifikation mancher Mitarbeiter höchst mangelhaft. Hier kann die Mitsprache der Bürger schon manches bewirken, sobald sie sich gegen die gelegentlich erschreckende Inkompetenz in den kommunalen Behörden wehren können. Hier liegen erhebliche Einsparpotentiale verborgen.

Notwendig ist auch eine langfristige Planung der Ausgaben und Kreditaufnahmen, die von der Bürgerschaft akzeptiert werden müssen. Zu oft ist es jetzt noch der Fall, dass kurzfristige Erwägungen und Entscheidungen unter dem Druck selbstbezogener Investoren getroffen werden müssen. Die Kommunen haben zukünftig die Wirtschaftlichkeit ihrer Maßnahmen offenzulegen, nachzuweisen und langfristig einzuhalten, um die Zukunftsfähigkeit dieser wichtigen Institution zu sichern.

Die neue Aufgabe der Kommunen zieht auch eine neue Kompetenzverteilung in den übergeordneten Regierungsebenen nach sich. Neben der politischen Vertretung der Regionen muß auch eine solche der Kommunen etabliert werden.

Diese Vorstellungen führen nicht zuletzt dazu, dass sich die Kommunen aus der Umklammerung und der Bevormundung durch die Parteien befreien können. Schon jetzt ist es doch schon so, dass sich ausschließlich auf der kommunalen Ebene neue, von den herrschenden Parteien unabhängige, „freie“ Wählergruppen formieren. Mit der Lösung von der Parteienpolitik (→ QBL 04 Brauchen wir die Parteien?) wird auch die unselige Konkurrenz bisher verschiedenparteilich regierter Kommunen gemindert; sie paralysieren sich nicht mehr gegenseitig.

Das Hemd Kommune ist uns allemal näher als die Jacke Region:

: ANDERS SEIN + BESSER WERDEN

QUERLIEGENDE TEXTE GELTEN NUR ZUSAMMEN MIT QUERBLATT 1 • EINE 1-MANN-AKTION FÜR KRITISCHE GEISTER, FÜR LEMMINGE UNGEGEIGNE
BEZUG: OT HOFFMANN IM BAUMHAUS, SCHLEIERMACHERSTRASSE 8, 64283 DARMSTADT, TEL: 06151 25980, FAX : 21622, OTHOFFMANN@GMX.DE, WWW.OTHOFFMANN.DE